



„Pro Bürger“ Freie Wählergemeinschaft SG-Fredenbeck

FWG „Pro Bürger“ der Samtgemeinde Fredenbeck

Herrn Gemeindedirektor Ralf Handelsmann  
An die Mitglieder des Samtgemeinderates  
Schwingestraße 1  
21717 Fredenbeck

**Helmut Klintworth**  
Fraktionsvorsitzender  
SG-Fredenbeck  
Achtern Höben 20  
**21717 Helmste**  
Tel. 04149- 7263

Deinste/Helmste 4. Juni 2019

Antrag:

**Wir beantragen die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) in der Samtgemeinde Fredenbeck in der jetzt gültigen Form. Als Alternative dazu fordern wir die Finanzierung der Kosten aus dem laufenden Haushalt (**Zweck-gebundene Rücklage**) und – falls das nicht ausreicht – eine teilweise Erhöhung der Grundsteuer. Außerdem ist für alle gemeindeeigenen Straßen in der Samtgemeinde Fredenbeck ab 01. Januar 2020 ein Erhaltungsmanagement einzuführen.**

**Begründung:**

Die Fraktion der FWG „Pro Bürger“ in der Samtgemeinde Fredenbeck kritisiert schon seit Jahren die „Strabs“ als ungerecht. Sie passt nicht mehr in die heutige Zeit. Die Rechtsprechung ging früher von einem Vorteilsprinzip aus, d.h. dass der Anlieger einer Straße auch den größten Vorteil von ihr hat. Das trifft heute die Wirklichkeit längst nicht mehr.

Von vielen Straßen gehen durch den immens gestiegenen Verkehr große Nachteile aus durch die Lärmbelästigung, Luftverschmutzung und Schäden auf Grund des wachsenden Anteils von Lkw's und landwirtschaftlichen Fahrzeugen. Diese Fahrzeuge überfordern die Tragfähigkeit der Straßen stark und führen zu vorzeitigem Verschleiß. Die oft ortsfremden Verursacher tragen aber im Gegensatz zu den Anwohnern, denen nicht selten fünfstellige Beträge auferlegt werden, keinerlei Kosten.

Hinzu kommt, dass die bestehende Satzung als Maßstab nur die Grundstücksfläche eines Anliegers bewertet. Ein Eigenheimbesitzer unterliegt deshalb der gleichen Berechnungsgrundlage wie ein Mehrfamilienhaus- oder Wohnblockbesitzer. Ein Einzelner finanziert hier immer viele andere mit. Das ist höchst ungerecht !

In jüngster Zeit regt sich vielerorts der Widerstand von Bürgern gegen unverhältnismäßig hohe Veranlagungskosten nach Straßenausbaumaßnahmen. Mehrfach sind Betroffene bereits erfolgreich gegen entsprechende Beitragssatzungen vorgegangen. Die Städte

Stade und Buxtehude haben bereits beschlossen, die „Strabs“ abzuschaffen. Stade finanziert die Kosten aus dem laufenden Haushalt, Buxtehude hat die Grundsteuer B erhöht. In Horneburg haben die Wähler bei einem Bürgerentscheid mit großer Mehrheit für die Abschaffung der „Strabs“ gestimmt.

Auch in der Samtgemeinde Fredenbeck sind die Proteste gegen die geltende „Strabs“ angekommen. Eine Bürgerinitiative in Mulsum strebt ein Bürgerbegehren zur Abschaffung der „Strabs“ an. Die Kritik der Bürger richtet sich nicht zuletzt gegen die unterschiedlichen Regelungen in Städten und Gemeinden von Niedersachsen, was eine Ungleichbehandlung bedeutet. Der jeweilige Wohnort entscheidet darüber, ob ein Straßen-Anlieger zur Kasse gebeten wird oder nicht.

Der Unmut vieler Bürger wird noch dadurch gesteigert, dass augenscheinlich zahlreiche Straßen regelrecht verkommen. Es wird nur noch das repariert oder saniert, was für die Erhaltung der Verkehrssicherheit unbedingt notwendig ist, und manchmal noch nicht einmal das ! Dabei könnten die Kommunen in der Samtgemeinde einiges tun, um auf lange Sicht den Geldbeutel ihrer Bürger zu schonen.

Anstatt auf Jahrzehnte auf Verschleiß zu fahren, müsste endlich ein Erhaltungsmanagement für den optimalen Zustand unserer Straßen eingeführt werden. Wer Straßen gut pflegt, hat langfristig geringere Kosten ! Deshalb braucht die Samtgemeinde Fredenbeck dringend ein Erhaltungsmanagement für Straßen und Wege.

Mit freundlichen Grüßen

**Helmut Klintworth**

Freie Wählergemeinschaft Pro Bürger der Samtgemeinde Fredenbeck